

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

24.03.2021

Ausschussbetreuender Fachbereich

Stabsstelle Gleichstellungsstelle

Schriefführung

Monika Koppe

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Sitzung am Dienstag, 16.02.2021

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:05 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 02.12.2020 - öffentlicher Teil**
0035/2021
- 4 **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
0101/2021

- 6 Gleichstellungspolitische Informationen**
0071/2021
- 7 Haushaltsplanberatungen des Haushaltes 2021 der in Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen**
0021/2021
- 8 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 8.1 Information zur Vorlage 0174/2020 „Anregungen aus dem Seniorenbeirat zur Gestaltung der Stadtmitte“**
0252/2020
- 8.2 Entsendung von Mitgliedern des Inklusionsbeirates in Ausschüsse**
0030/2021
- 8.3 Vorschlag für die Wahl eines neuen Beiratsmitglieds als Nachfolge eines scheidenden Mitglieds**
0031/2021
- 8.4 Vorschlag für die Wahl eines neuen Beiratsmitglieds als Nachfolge für ein ausscheidendes Mitglied**
0379/2020/1
- 9 InHK Bensberg**
- Maßnahme Wohnpark Bensberg
0055/2021
- 10 Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach**
0007/2021
- 11 Anträge der Fraktionen**
- 12 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Frau von Berg eröffnet die 02. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der zehnten Wahlperiode. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Vertretungsverhältnisse und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Erweiterung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Zu den beiden noch offenen Fragen aus der Sitzung vom 02.12.2020 trägt Frau Klaßen vor:

1. **„Der Bürgermeister schlägt vor, dass Frau Klaßen in einer der nächsten Sitzungen die Maßnahmen zur Frauenförderung bei Stellenbesetzungen in der Verwaltung vorstellt.“**

Frau Klaßen teilt mit, dass alle Stellen in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, ausgeschrieben und Frauen explizit darauf hingewiesen werden, dass ihre Bewerbungen ausdrücklich erwünscht sind. Frau Klaßen nimmt als Gleichstellungsbeauftragte an den Vorstellungsgesprächen teil und gibt auch ein Votum ab. Frauen werden bei gleicher Eignung und Befähigung bei der Besetzung von Stellen in diesen unterrepräsentierten Bereichen – so wie dies gesetzlich vorgeschrieben ist – bevorzugt berücksichtigt

Weitere Maßnahmen zur Frauenförderung/Gleichstellung von Frauen werden in diesem Jahr anhand der Evaluierung und Neuaufstellung des Gleichstellungsplanes im letzten Quartal des Jahres vorgestellt.

2. **Anregungen zur Dunkelfeldstudie - Auszug aus der Niederschrift:**

„Frau Stauer bezieht sich auf die Dunkelfeldstudie. Daraus gehe hervor, dass ein Informationsdefizit bei den betroffenen Frauen vorliege, an wen sie sich wenden können um sich Hilfe zu holen. Welche Möglichkeiten hat die Stadt, dieses Informationendefizit in Zusammenarbeit mit „Frauen helfen Frauen e.V.“, dem Frauenhaus etc. zu beheben als Schlussfolgerung aus dem traurigen, sehr eindrucksvollen Bericht.

Frau Scheerer fragt nach, ob es möglich sei, in einer der nächsten Sitzungen vielleicht die Polizei zu dem Thema einzuladen um zu erfahren, wie sich die Situation in Bergisch Gladbach darstelle. Man wisse, dass in Corona-Zeiten die Zahl der hilfeschuchenden Frauen zugenommen habe. Vielleicht solle hier die Polizei oder auch der Verein „Frauen helfen Frauen“ zu Rate gezogen werden.“[...]

„Frau von Berg bittet darum, zu Protokoll zu nehmen, dass der Ausschuss sich in seiner nächsten Sitzung noch einmal mit der Studie beschäftigen werde.“

In Ergänzung der Niederschrift vom 02.12.2020 trägt vor Klaßen vor, dass zu den vorgenannten Fragestellungen im März ein Treffen mit Mitgliedern des „Runden Tisches gegen Gewalt gegen Frauen“ stattfindet und zwar mit Teilnehmer*innen der allgemeinen Frauenberatungsstelle für den

Rheinisch Bergischen Kreis und der Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt im Rheinisch-Bergischen Kreis, der Polizei und ggf. weiteren Mitgliedern des Runden Tisches, die sich mit der Fragestellung nach präventiven Maßnahmen beschäftigen werden. Das Ergebnis wird dann in der Sitzung des ASWDG von Mitgliedern dieses Arbeitskreises vorgestellt, sofern dies nach den Kontaktbeschränkungen möglich ist.

Die Niederschrift über die vergangene Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann – öffentlicher Teil wird genehmigt.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 02.12.2020 - öffentlicher Teil**
0035/2021

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

Frau von Berg teilt mit, dass sich Herr Stein für die heutige Sitzung entschuldigen lasse.

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
0101/2021

Frau Hellwig (Verwaltung) berichtet über zwei Themen mündlich:

1. Sie beschreibt den Vorgang, Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten zu versorgen:
Personen, die nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln Endgeräte anzuschaffen, können sich an die Schulen wenden, die mittlerweile Leihgeräte zur Verfügung stellen. Diese werden aus einem Fördertopf des Sofortausstattungsprogramms für Schulen des Landes NRW bezahlt. Bisher sind leider nur 400 Endgeräte eingegangen. 1300 sind noch zu liefern.

Sofern die Kinder über die Schulen keine Geräte gestellt bekommen können, ist es im SGB II so, dass diese Geräte über einen anerkannten Mehrbedarf zur Verfügung gestellt werden. Ähnlich ist es auch im SGB XII vorgesehen, hier werden die Endgeräte ebenfalls zur Verfügung gestellt, nur das Verfahren ist verwaltungsintern etwas komplizierter.

In anderen Existenz-sichernden Leistungen (Asylbewerberleistungsgesetz) wird seitens des Landes empfohlen, entsprechend zu verfahren. Hier ist der Antrag im Bereich der Verwaltung bei der Abteilung 5-50/soziale Förderung zu stellen. Im Falle von Leistungen nach SGB VIII Kinder- und Jugendhilfegesetz sind ebenfalls Anträge an den zuständigen Leistungsträger zu stellen, wenn über die Schulen keine Endgeräte zur Verfügung gestellt werden können.

2. An die Verwaltung sind FFP-2-Masken für bedürftige Menschen geliefert worden. Diese wurden vom Bund, Land und Kreis zur Verfügung gestellt. Die Menschen, die im SGB XII-AsylbLG-Bezug stehen, bekommen die Masken nach Hause geschickt, um Menschenansammlungen beim Abholen zu vermeiden. Flüchtlinge und Obdachlose, die in städtischen Unterkünften leben, bekommen ihre Masken über die Einrichtungen. Ein Teil der Masken wird auch noch an die Träger ausgegeben, mit denen die Verwaltung kooperiert (z.B. die Platte e.V., die Caritas etc.).

Herr Hildner (CDU-Fraktion) fragt nach, ob die Anzahl der Masken ausreiche. Wie viele Masken sind pro Person für welchen Zeitraum vorgesehen?

Frau Hellwig antwortet, dass die FFP-2-Masken bei pfleglicher Behandlung über einen längeren Zeitraum benutzbar seien. Dies hänge natürlich von der Intensität der Nutzung ab. Es stehen FF2-Masken und auch medizinische OP-Masken zur Verfügung. Leider könne sie nicht sagen, wie viele Masken es genau seien. Die Verteilung habe gerade erst begonnen.

Frau Opiela (CDU-Fraktion) teilt mit, dass sie das zur Verfügung stellen der digitalen Endgeräte sehr begrüße. Sie weist aber nochmal darauf hin, dass es in den Flüchtlingsunterkünften oftmals an der schlechten Internetverbindung scheitere, weil das WLAN nur bedingt funktioniere.

Frau Hellwig antwortet, dass sie das Problem kenne. Die Verbindung hänge auch davon ab, wie der Netzausbau in den Stadtteilen sei. Dieser ist nicht überall gleich gut.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6. Gleichstellungspolitische Informationen

0071/2021

Frau Klaßen (Gleichstellungsbeauftragte) gibt ergänzende Informationen zur Vorlage:

Es wurde die Frage an sie herangetragen, warum in der Mädchenberatungsstelle die Videoberatung nicht in dem Maße angenommen wurde, wie man sich das vorgestellt habe. Judith Wiedenhöft, Leiterin Mädchenberatungsstelle teilt dazu nachvollziehbar mit, dass viele Beratungen zu den Themen Häusliche Gewalt, sexualisierter Gewalt und Essstörungen stattfinden und gerade die Gewaltthemen sehr sensible Themen seien, wo es gelte, einen Raum zu schaffen in dem sich die Betroffenen geschützt fühlen und daher in die Beratungsstellen kommen, weil zu Hause vielleicht der Ort ist, an dem die Gewalt ausgeübt wird bzw. die Gewalt ausübende Person nebenan im Raum sitzt. In diesen Situationen ist es auch der Beratungsstelle lieber, dass die Betroffenen sich in die Beratungsstelle begeben, weil auch der Aufbau von Vertrauen in einem persönlichen Gespräch leichter fällt als bei der Videoberatung.

Des Weiteren wurde nach den Präventionsprojekten in den Schulen gefragt, die leider in diesem Jahr Pandemie-bedingt nicht in dem Maße stattfinden konnten. Die Mädchenberatungsstelle ist aber nach wie vor in Kontakt mit den Lehrkräften und Schulsozialarbeiter*innen. Man bespricht die Vorbereitung von weiteren Maßnahmen, um diese durchführen zu können, sobald die Kontaktbeschränkungen dies zulassen. Wichtig sei, dass die Themen der Mädchenberatungsstelle und ihre Erreichbarkeit breit gestreut werden. Hier finden auch Gespräche mit den Schulen über eine Verlinkung der Mädchenberatungsstelle auf der Homepage der jeweiligen Schule statt. Teilweise haben die Schulen bereits den Link der Mädchenberatungsstelle mit Hinweisen auf ihrer Homepage verknüpft. Es gibt auch viele Schulen, die die Flyer auslegen. Die Mädchen- und Frauenberatungsstellen setzen sich im April nochmal mit der Gleichstellungsstelle zusammen, um zu beraten, ob erneut eine Aktion oder ähnliches durchgeführt werden solle, wie im letzten Jahr (Apotheken-Aktion).

Die Mädchenberatungsstelle würde sich im Ausschuss vorstellen, falls gewünscht.

Frau Stauer (SPD-Fraktion) fragt nach, ob es nicht möglich sei, eine Aktion zu starten, bei der man die Telefonnummern der Beratungsstelle auf Brötchentüten aufdrucke. Eine solche Aktion habe in anderen Städten bereits erfolgreich stattgefunden.

Frau Holz-Schöttler (SPD-Fraktion) bedankt sich für den ausführlichen Bericht aus den Beratungsstellen und stellt die Wichtigkeit der Einrichtung für die Stadt klar. Sie gibt zu bedenken, dass Mädchen sich auch direkt an den Kinderschutzbund und das Jugendamt wenden.

Frau Klaßen bedankt sich bei den Rednerinnen und teilt mit, dass in diesem Jahr das 40-jährige Jubiläum zum Gedenktag Keine Gewalt an Frauen gefeiert wird. Frau Ministerin Scharrenbach wird dazu eine ganze Aktionswoche starten. Da wurden ähnliche Aktionen (bedruckte Brötchentüten) vorgeschlagen.

Frau Stauer bittet darum, beim Thema sexualisierte Gewalt auch die Jungen mitzunehmen, die hier ebenfalls ein niederschwelliges Angebot der Beratung und Hilfe benötigen.

Frau Klaßen erwidert, dass Frauen und Mädchen sich bei sexualisierter Gewalt an die Fachberatungsstelle für sexualisierte Gewalt in Burscheid wenden können. Was die Beratung von Jungen und jungen Männern betrifft, gibt es keine Beratungsstelle im Rheinisch-Bergischen Kreis. Das ist bundesweit leider ähnlich. Auch stehen hier – anders als bei den Beratungen für Mädchen und Frauen keine Mittel aus der Förderung des Ministeriums für den Arbeitskreis des Runden Tisches zur Verfügung. Die bereitgestellten Mittel sind nur für den Themenkomplex Gewalt gegen Mädchen, Frauen und Kindern vorgesehen. Dies sei ein Defizit.

Leider sei sie noch nicht dazu gekommen, diesen Themenkomplex aufzugreifen. Sie habe versucht im Rahmen eines anderen Projektes, nämlich „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“ Kontakt zu Beratungsstellen für männliche Beschäftigten aufzunehmen, sei da bisher nicht fruchtbar geworden. Es gebe eine bundesweite Rufnummer und im Kreis Aachen eine Beratungsstelle. Da müsse man sich unbedingt zusammensetzen und besser aufstellen.

Frau Holz-Schöttler merkt dazu an, dass es vor einigen Jahren einen Arbeitskreis „Jungenarbeit“ im Rheinisch-Bergischen Kreis gab. Wenn man da noch ehemalige Mitarbeiter finden würde, könnte man da sicher wieder anknüpfen. Eine andere Möglichkeit sei, sich an den Landesarbeitskreis „Jungenarbeit“ zu wenden.

Frau von Berg bedankt sich für den umfassenden Bericht.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. Haushaltsplanberatungen des Haushaltes 2021 der in Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen
0021/2021

Frau Holz-Schöttler (SPD-Fraktion) schlägt vor, dass zusätzlich Mittel in Höhe von 25.000 € für „Hilfen für Menschen in besonderen Notlagen“ in den Haushalt eingestellt werden. Die Mittel sollen hauptsächlich zur finanziellen Unterstützung des Kältebusses des Vereins Die Platte e.V. dienen. Die genaue Höhe für den Zuschuss an Die Platte e.V. soll im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beraten werden. Übrigbleibende Mittel sollen für ähnliche Projekte verwendet werden.

Frau Stauer (SPD-Fraktion) fügt hinzu, dass die Mittel auch für die Unterhaltung des Ladenlokals des Vereins Die Platte e.V. verwendet werden sollen, da dort die Materialien für den Kältebus gelagert werden.

Des Weiteren schlägt Frau Stauer vor, dass Mittel für die Verbesserung der Toilettensituation in der Stadtmitte bereitgestellt werden (in Bezug auf die Anregung im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, DS-Nr. 0017/2021). Die Problematik betrifft nicht nur Taxifahrer, sondern auch Obdachlose, Markthändler und allgemein alle Personen, die die Stadtmitte besuchen. Frau Stauer ergänzt, dass bis zur Umsetzung einer dauerhaften Lösung eine kurzfristige Lösung gefunden werden soll, beispielsweise durch die Aufstellung von mobilen Toilettenhäuschen.

Frau Hellwig (Verwaltung) antwortet, dass sich die Verwaltung nach der Anregung im AAB weiter mit der Problematik auseinandergesetzt hat. Der Immobilienbetrieb kann möglicherweise eine kurzfristige Lösung zur Verfügung stellen. Da die Details aber noch geklärt werden müssen, kann

Frau Hellwig die Pläne noch nicht vorstellen. Diese werden zu gegebenem Zeitpunkt öffentlich kommuniziert.

Eine mittelfristige Lösung für das gesamte Stadtgebiet muss grundsätzlich konzeptionell erarbeitet werden. Dies ist bis zum Beschluss des Haushalts im März aufgrund des Umfangs nicht möglich. Die Verwaltung ist aber bereits in Kenntnis über die Thematik und wird diese weiterbearbeiten.

Frau Dr. Rieband (FDP-Fraktion) möchte wissen, warum pro Flüchtling pro Jahr ca. 12.000 € an Mitteln bereitgestellt werden, gleichzeitig aber immer ein Defizit von ca. 7000 € besteht. Bei anderen Kommunen würde kein Defizit bestehen.

Frau Hellwig antwortet, dass im Haushalt einerseits die Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz enthalten sind, welche bundesgesetzlich vorgegeben sind. Andererseits sind auch die Kosten für die Unterkünfte enthalten, welche sich zwischen den Kommunen stark unterscheiden können. In Bergisch Gladbach herrscht beispielsweise ein großes Defizit an Sozialwohnungen, so dass Personen nicht aus den städtischen Unterkünften ausziehen können, und die Stadt diese teuer anmieten müsse.

Frau Stauer schlägt vor, dass die Winterware der Einzelhändler in Bergisch Gladbach von der Verwaltung abgekauft und Bedürftigen zur Verfügung gestellt wird. Damit sollen einerseits die Bedürftigen und Einzelhändler finanziell unterstützt werden, andererseits könnte dadurch verhindert werden, dass die Ware ansonsten unbenutzt weggeworfen werde.

Frau Tillmann (Verwaltung) erläutert, dass in den Regelleistungen nach dem SGB II und SGB XII bereits ein Anteil für Kleidung enthalten ist. Die Leistungen werden von verschiedenen Trägern gezahlt, beispielsweise vom Rheinisch-Bergischen Kreis und vom Land NRW. Daher hat die Stadt keinen Einfluss auf die Beträge und ihr stehen auch keine Mittel zur Verfügung, mit denen das Projekt finanziert werden könne.

Frau von Berg merkt dazu an, dass sie die Idee von Frau Stauer sehr begrüße und teilt mit, dass hier vielleicht auch die Kanäle, die der Politik zur Verfügung ständen, aktiviert werden müssen.

Herr Eschbach (Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN) schlägt vor, einen öffentlichen Aufruf an die Einzelhändler zu richten mit der Bitte um Spenden. Dadurch könnten die Einzelhändler eine Spendenquittung erhalten und dies von der Steuer absetzen.

Frau Stauer antwortet, dass ihr Vorschlag darauf abzielt, dass nicht nur die Bedürftigen, sondern auch die Einzelhändler unterstützt werden sollen.

Herr Kunze (AfD-Fraktion) ergänzt, dass die Einzelhändler dieses Jahr sowieso keine Steuern zahlen müssten und sich daher eine Spendenquittung nicht lohnen würde. Er merkt an, dass viele Einzelhändler ihre Waren derzeit sehr günstig anbieten, es jedoch aufgrund geschlossener Läden schwierig ist, die Waren zu kaufen. Er schlägt vor, dass stattdessen die Verwaltung oder die Politik unterstützend zwischen den Einzelhändlern und Bedürftigen vermittelt.

Herr Kunze stellt die Frage, warum der Betrag bei den Krankenhilfen im Bereich Asyl und Integration um 600.000 € gestiegen ist. Er möchte wissen, ob es für den hohen Anstieg besondere Gründe gebe.

Frau Tillmann antwortet, dass die Beträge dem aktuellen Bedarf angepasst werden und die Höhe sich daher ständig ändern kann. Der Bedarf ist derzeit angestiegen, sodass auch der Betrag erhöht werden musste. Ansonsten gebe es aber keinen besonderen Grund dafür.

Der ASWDG fasst folgenden **geänderten**

Beschluss:

Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Teilhaushalte 2021 werden in der Fassung der Vorlage sowie unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse beschlossen.

Zusätzlich zur Fassung der Vorlage werden Mittel in Höhe von 25.000 € für „Hilfen für Menschen in besonderen Notlagen“ bereitgestellt, welche vorrangig für den Zuschuss an den Verein Die Platte e.V. zum Betrieb des Kältebusses und Ladenlokals verwendet werden sollen. Über die genaue Höhe des Zuschusses berät der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften. Übrigbleibende Mittel sollen für ähnliche Projekte verwendet werden.

Des Weiteren werden zusätzlich zur Fassung der Vorlage Mittel für die Verbesserung der Toilettensituation in der Stadtmitte bereitgestellt. Die Höhe berät der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

8. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Frau von Berg teilt hier mit, dass der Seniorenbeirat seine neue Vorsitzende gewählt habe, die auch hier im Ausschuss sitze.

Sie gratuliert Frau Dr. Rieband zur Wahl.

8.1. Information zur Vorlage 0174/2020 „Anregungen aus dem Seniorenbeirat zur Gestaltung der Stadtmitte“ 0252/2020

Hier teilt die Verwaltung mit, dass das Anlegen eines Boule-Platzes im Forumpark nicht zu realisieren sei, da die Gestaltung des Forumparks durch das Architekturbüro Loibl urheberrechtlich geschützt ist und somit keine Umgestaltung möglich sei.

Herr Hildner (CDU-Fraktion) bittet darum, hier Kontakt mit dem Architekten aufzunehmen, da es durchaus üblich sei, dass die Architekten einer begründeten Umgestaltung normalerweise zustimmen würden.

Herr Kunze (AfD-Fraktion) schließt sich seinem Vorredner an und bittet ebenfalls um Prüfung. Er fragt nach, ob es nicht möglich ist, ein Urheberrecht abzulehnen, wenn es so weit in die Belange einer Stadt eingreife?

Frau Mehls (SPD-Fraktion) bittet ebenfalls um eine Kontaktaufnahme mit dem Architekten um eine Lösung zu finden und nicht nur aufzuzeigen, was nicht möglich sei.

Des Weiteren merkt sie an, dass sie die Aussage der Verwaltung, die Senioren mögen sich zum Boule spielen nach Bensberg oder Refrath begeben, nicht angemessen finde.

Frau Dr. Rieband (FDP-Fraktion u. Vorsitzende Seniorenbeirat) fragt nach, ob bereits Gespräche mit dem Architekten stattgefunden haben und ob es nicht möglich sei, einen solchen Urheberschutz bei solchen Gestaltungsprojekten auszuschließen, da ja sonst Änderungen überhaupt nicht mehr möglich seien.

Frau Hellwig teilt mit, dass sie die Fragen gerne an den zuständigen Fachbereich weitergeben werde.

Der ASWDG fasst den folgenden **geänderten**

Beschluss:

Der ASWDG folgt dem Vorschlag des Seniorenbeirats, einen Boule-Platz im Forumpark einzurichten und erteilt den folgenden Prüfauftrag:

Die Verwaltung wird beauftragt:

Kontakt mit dem Architekten aufzunehmen, um den Urheberschutz für die Gestaltung des Forumparks aufzuheben und einer begründeten Umgestaltung durch Ergänzung mit einem Boule-Platz zuzustimmen.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

8.2. Entsendung von Mitgliedern des Inklusionsbeirates in Ausschüsse 0030/2021

Der ASWDG fasst folgenden Beschluss:

Es wird dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach empfohlen

gemäß der Tisch-Vorlage des Inklusionsbeirates beratende Mitglieder, gemäß Zuständigkeitsordnung, in die Ausschüsse zu entsenden (siehe Anlage 2)

Der Beschluss ergeht einstimmig.

8.3. Vorschlag für die Wahl eines neuen Beiratsmitglieds als Nachfolge eines scheidenden Mitglieds 0031/2021

Der ASWDG fasst den folgenden Beschluss:

Es wird dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach empfohlen

Frau Beate Block-Theisen als Nachfolgerin des scheidenden Mitglieds des Inklusionsbeirates Herrn Bülent Aydinlioglu zu wählen.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

8.4. Vorschlag für die Wahl eines neuen Beiratsmitglieds als Nachfolge für ein ausscheidendes Mitglied 0379/2020/1

Der ASWDG fasst den folgenden Beschluss:

Es wird dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach empfohlen

Frau Sonja Schumacher (CBF – Club behinderter Menschen und Ihrer Freunde e.V.) als Nachfolgerin von Alexander Roskopf (ebenfalls CBF – Club behinderter Menschen und Ihrer Freunde e.V.) in den Inklusionsbeirat zu wählen.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

9. InHK Bensberg
- Maßnahme Wohnpark Bensberg
0055/2021

Frau von Berg bittet darum, dass die vier geplanten Maßnahmen zum Wohnpark Bensberg (Teil des InHK Bensberg) durch Frau Claudia Werker und Herrn Boris Graue (beide Verwaltung) erläutert werden. Frau Werker stellt sich kurz als Mitarbeiterin im Bereich Jugend und Soziales vor. Um das integrierte Handlungskonzept besser darstellen zu können, wird ein Foto auf die Wand projiziert. Für dieses Projekt wurden Gelder aus der Städtebauförderung zur Verfügung gestellt. Diese enthalten u.a. Baugelder, zur Umsetzung von Maßnahmen, die „integriert“ sein sollen, also für planerische, architektonische aber auch soziale Maßnahmen um Gebietskulissen zu fördern. Das Gesamtkonzept mit insgesamt 33 Maßnahmen wurde im Jahr 2016 vom Rat beschlossen. Es ist aber nicht so, dass das Geld im Gesamten zur Verfügung gestellt wird, sondern es müssen die einzelnen Maßnahmen, gerade baulicher Art, so qualifiziert und zur Förderung eingereicht werden, dass die Stadt dann jedes Jahr aufs Neue die einzelnen Maßnahmen bewilligt bekommt. Das ist eine sehr umfangreiche Fördersystematik. Die Stadt befindet sich jetzt in Vorbereitung für „Step 22“, der bis zum 30. September eingereicht werden muss, um die Förderung zu erhalten.

Im konkreten Fall handelt es sich um vier Maßnahmen, die im Einzelnen vorgestellt werden sollen.

Herr Graue berichtet, dass der Wohnpark Anfang der 1970 Jahre entstanden ist. Die Bauweise war zur damaligen Zeit modern. Die Grundidee hinter diesem Großsiedlungsbau war, dass die Menschen ihr Quartier nur noch zur Arbeit verlassen müssen, da Schwimmbad, Sauna, Friseur, Supermarkt vor Ort vorhanden waren. Das Gebiet hat eine hohe Bevölkerungsdichte. Im Wohnpark befinden sich 1.000 Wohnungen. Der Altersdurchschnitt ist sehr jung. Nur 40 % der Bewohner*innen ist älter als 40 Jahre. Ein Viertel der Personen ist minderjährig. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund liegt mit 22 % erheblich über dem Durchschnitt für Bergisch Gladbach. Es leben hier Menschen aus 51 Nationen. Die Arbeitslosigkeit ist mit 18,4 % hoch. Besonders betroffen sind Kinder. 36,6 % leben aus Mitteln des SGB XII. Erheblich betroffen sind ausländische Kinder mit 67 %. In 3,7 % der Familien sind Hilfen zur Erziehung eingesetzt. Trotzdem ist der Wohnpark kein „Brennpunkt“! Das liegt daran, dass es ein gesundes Verhältnis von Eigentum und Vermietung gibt. Es gibt sehr gute Nachbarschaftsbeziehungen, Vernetzungen und eine große Verbundenheit mit ihrem Quartier.

Die vier Maßnahmen sind:

1. Quartiersplatz
2. Quartiersmanagement
3. LokaLeben
4. Fußwegeverbindungen

1. Quartiersplatz:
Eine Zentrale Maßnahme ist die Erstellung eines Quartiersplatzes, der aus verschiedenen Bereichen bestehen soll. Es sollen attraktive Wegeverbindungen zum Platz geschaffen werden, ein Boule-Platz ist vorgesehen ebenso wie Spielmöglichkeiten für Kinder. Ein kleines Waldgebiet und eine Rasenfläche gehören ebenfalls zur Platzgestaltung. Die Gestaltung findet in enger Zusammenarbeit mit den dort lebenden Menschen statt.
2. Quartiersmanagement:
Das Quartiersmanagement erfüllt in der Umsetzung des InHK-Bensberg für den Wohnpark eine zentrale Funktion: Es generiert über die direkte Ansprache der Bewohnerschaft die Identifikation mit den Zielen und Mitwirkung der einzelnen Maßnahmen und ist damit Schnittstelle zwischen Bewohnerschaft und InHK-Projekt.
3. LokaLeben:
Im Wohnpark stehen 360 qm Ladenlokale leer. Auf der anderen Seite gibt es sehr viele kreative Menschen im Wohnpark, die malen, musizieren, dichten etc. und keine Möglichkeit haben, ihre Sachen vor- oder auszustellen. Auch die Kontaktstelle KiWo und das ZAK

stoßen bei ihren Angeboten aus Platzmangel immer wieder an ihre Grenzen. Durch eine Erweiterung der bestehenden Räumlichkeiten um die leerstehenden Ladenlokale könnte ein Aktions- und Kommunikationsort entstehen, auf den die Bewohner*innen direkten Zugriff haben.

4. Fußwegeverbindungen

Hier sollen die bereits bestehenden Pläne aus dem Mobilitätskonzept aus 2016, die bisher nicht umgesetzt wurden erneut überarbeitet werden. Dazu wird zunächst eine Bürgerbefragung stattfinden, in der alle bisher geplanten Maßnahmen erneut kritisch hinterfragt werden.

Herr Kunze (AfD-Fraktion) merkt an, dass es im Wohnpark Bensberg mehrere Beiräte von Eigentümergemeinschaften gibt, welche jedoch bisher nicht von der Verwaltung angesprochen und in die Planungen mit einbezogen wurden.

Herr Kunze äußert, dass es im Bereich des Wohnpark Bensberg Flächen gibt, welche städtisches Eigentum sind, aber nicht von der Stadt gepflegt werden. Beispielsweise erfolgt kein Winterdienst auf den Wegen, Mülleimer werden nicht geleert und Sitzbänke vermodern. Herr Kunze macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung bei den Planungen nicht nur die Flächen gestaltet, sondern auch die spätere Instandhaltung und damit verbundene Kosten berücksichtigen sollte.

Herr Hildner (CDU-Fraktion) äußert, dass der geplante Rückbau der Bushaltestellen einen Stau auf der B55 verursachen würde und bittet die Verwaltung darum, die Maßnahme nochmal zu überarbeiten.

Frau Stauer (SPD-Fraktion) schlägt vor, dass bei der Entwicklung des Ladenkonzepts darauf hingewirkt wird, dass die Ladenlokale nicht mit Spielhallen besetzt werden und versucht wird, nicht-alkoholische Gastronomie, beispielsweise Sober Bars, anzulocken.

Frau Opiela (CDU-Fraktion) schlägt vor, dass die Verwaltung umfassendere Maßnahmen zur Beteiligung der Einwohner an dem Projekt erarbeitet.

Herr Krasniqi (Integrationsrat) erläutert, dass der Integrationsrat einen Antrag zur Umsetzung des Projekts „10 + 1 Bäume für die Opfer der NSU“ gestellt hat. Die Verwaltung ist derzeit aber noch auf der Suche nach einem geeigneten Standort. Er merkt an, dass sich der Wohnpark aufgrund des multikulturellen Hintergrunds der Bewohner*innen gut eignen könnte und schlägt vor, die Verwaltung solle die Möglichkeit prüfen, das Projekt im Bereich des Wohnparks umzusetzen.

Herr Steinbrecher (Fraktion Freie Wählergemeinschaft) und Herr Kunze weisen darauf hin, dass der Gehweg durch den zu der Bushaltestelle gehörenden Stromkasten stark geschmälert wird. Sie schlagen vor, dass der Stromkasten versetzt wird.

Der ASWDG fasst folgenden **geänderten**

Beschluss:

[Die Änderung des Beschlussvorschlags in Form einer Ergänzung ist fett gedruckt.]

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Vorlage beschriebenen vier Maßnahmen im Wohnpark Bensberg entsprechend der dargestellten Ausführungen, weiterzubearbeiten.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, die von den Mitgliedern geäußerten Vorschläge zu prüfen:

- **umfassendere Beteiligung der Einwohner und Beiräte der Eigentümergemeinschaften**
- **Überarbeitung des Rückbaus der Bushaltestellen und Versetzung des Stromkastens**
- **Überarbeitung des Ladenkonzepts in Hinblick auf Vermeidung von Spielhallen und alkoholischer Gastronomie**

- Standort für das Projekt „10 + 1 Bäume für die Opfer der NSU“

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

10. Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach

0007/2021

Frau Opiela (CDU-Fraktion) teilt mit, dass sie vom Flüchtlingsrat NRW einen Fragebogen zum Zustand der Flüchtlingsunterkünfte erhalten habe, den sie an die Verwaltung weitergeben wolle.

Frau Tillmann (Verwaltung) antwortet, dass sie ebenfalls einen solchen Fragebogen erhalten habe. Er wurde bereits beantwortet und zurückgesandt. Eine Auswertung soll durch den Flüchtlingsrat NRW erfolgen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

11. Anträge der Fraktionen

Frau von Berg teilt mit, dass es einen Antrag der Bürgerpartei GL gebe:

Fahrdienst zum Corona-Impfzentrum

Hier liege bereits eine Stellungnahme der Verwaltung vor.

Der ASWG fasst den folgenden Beschluss:

Der Antrag der BÜRGERPARTEI GL wird abgelehnt.

Der Beschluss ergeht einstimmig bei einer Enthaltung durch die BÜRGERPARTEI GL.

12. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden keine Anfragen vorgetragen.

Die Vorsitzende Frau von Berg schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:58 Uhr. Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

gez. Gabriele von Berg
Ausschussvorsitzende

gez. Monika Koppe
Schriftführerin